

Danziger Zeitung.

Nr. 18093.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Jan. (Privattelegramm.) Bei der heute fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse der 181. königl. preussischen Klassen-Lotterie wurden Vormittags gezogen:

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 102 219 176 926 177 947.

4 Gewinne von 5 000 Mk. auf Nr. 9740 19 949 46 213 152 990.

Peß, 16. Jan. (Privattelegramm.) Unter allen Arbeitern herrscht große Bewegung, welche beweist, am 1. Mai überall die Arbeit einzustellen.

Brüssel, 16. Jan. (Privattelegramm.) Die Lütticher Waffenfabriken erhielten von der russischen Regierung eine vorläufige Bestellung von 80 000 Repetirgewehren.

Petersburg, 16. Jan. (M. I.) Der „Regierungsbolet“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Generalgouverneur von Moskau, in welchem es heißt: „Ins neue Jahr tretend, bitte ich Gott, es möge sich auch hinfert die Entwicklung der inneren Kräfte unseres geliebten Vaterlandes ununterbrochen und ungehindert inmitten des von allen gewünschten und alle beglückenden Friedens vollziehen.“

Politische Uebersicht.

Danzig, 16. Januar.

Ein Compromiß in Sachen des Socialistengesetzes

wird jetzt von dem leitenden Fraktionsorgan der Conservativen, der „Conser. Corr.“, vorgeschlagen. Das genannte Organ constatirt zunächst mit großer Befriedigung, daß der Unterschied zwischen den Nationalliberalen und den Conservativen in der Beurteilung der in Rede stehenden Fragen nicht ein grundsätzlicher sei, sondern „nur den Grad der Folgerungen betrefft, die aus dem beiderseitig anerkannten Princip gezogen werden. Ja, er erstreckt sich vielmehr nur auf eine Zweckmäßigkeitsfrage“. Und um diese „Zweckmäßigkeitsfrage“ soll man sich nicht erziehen; dafür wollen die Conservativen ihren Cartellgenossen auch einen Schritt entgegenkommen. Die „Conser. Corr.“ sagt daher bezüglich des Stills des Anstoßes, der Ausweisungsbefugnis:

„Daß die Anwendung der Ausweisungsbefugnis so zu sagen als eine Alltagswaffe nicht fortgesetzt werden soll, weil sie mehr Schaden als Nutzen stiftet, darüber sind nicht bloß die verbündeten Regierungen, nach den Erklärungen des Herrn Minister Herrfurth, sich einig, sondern damit sind auch die Conservativen vollständig einverstanden; wir halten die Maßnahme lediglich für besonders kritische Zeiten, nach Attentaten oder bei großen, von den socialrevolutionären Führern zu politischen Zwecken ins Werk gesetzten Streikbewegungen für unentbehrlich und überdies, wieder im Einklang mit den verbündeten Regierungen, die regressiv Wirkung, die sich aus dem bloßen Bestehen dieser Befugnis ergibt, für sehr schätzenswerth. Vielleicht läßt sich dann auch noch eine Form finden, welche diese Absicht einer nur beschränkten Anwendung, der Anwendung nur in bestimmten Nothfällen, deutlich zum Ausdruck bringt und gesetzgeberisch festlegt; man könnte beispielsweise daran denken, das Inkrafttreten der besprochenen Befugnis noch von dem Eintreten einer besonderen Inflation abhängig zu machen.“

Die Einschränkung der bisherigen Wünsche der Conservativen in diesem Punkte ist freilich bei Eichte beisehen nur eine geringe. Aber unmöglich ist es trotzdem nicht, daß auch die linke Cartellseite mit sich hierüber reden läßt und auf die dargebotene Brücke tritt, um etwas zu Stande zu bringen. Denn mit dem Socialistengesetz als Wahlparole wird nun einmal nichts Sonderliches zu machen sein. Die Nationalliberalen werden schließlich von der „Conser. Corr.“ wegen ihrer „dem rein doctrinären Gebiet angehörigen Bedenken“ zurechtgewiesen, auf deren „Verschlüßlung“ das conservative Fraktionsorgan rechnet. Ob diese Rechnung richtig ist und der conservative Compromißvorschlag auf fruchtbaren Boden fällt, muß abgewartet werden. Zunächst ist derselbe offenbar nur ein Fühler; denn

Stadt-Theater.

Die Operette „Das Glück des Eremiten“, Text nach dem Französischen von Rochon und Cornon, Musik von Almé Maillart, Paris 1856, geklärt hier mit Fräulein Schach in der Hauptrolle der Rose Friquet aufgeführt, nennt sich in dem Titel das, was sie mit ihrem reisenden Sujet hätte werden können, eine „komische Oper“, und was auch der Componist aus der Musik dazu hätte machen können. Aber ein Sujet ist noch kein Libretto und Talent noch nicht Geniung oder Bildung oder Geschmack — wie man das nun auch nennen will, was hier fehlt. Das Sujet hat übrigens in der That bereits einen anderen Componisten zur Bearbeitung angezogen: Garria, Neapel 1875 (Il campanello dell'eremita) — seine Oper ist jedoch nicht bekannt geworden. Erster Hintergrund: der Volksaberglaube, daß das Glück eines vor 200 Jahren in der Gegend verehrten Eremiten von selbst läute, wenn eine Frau im Dorfe sich gegen die eheleiche Treue etwas zu Schulden kommen lasse; zweiter Hintergrund: die Dragonaden 1704 im Seppenbergebirge und Protestanten auf der Wanderung der rettenden saporischen Grenze zu, ein ideal gemittelt Paar, Sylvain, Geheile bei einem wohlhabenden Pächter, und Rose Friquet, beide heimlich, jeder für sich, mit Gefahr für die eigene Person, theilnehmend an dem Schicksal der Flüchtigen, Rose ursprünglich wegen ihrer etwas dicken und unperfekten Art durch Spott und

die „Conf. Corr.“ fügt ihrem Vorschlage die vorläufige Einschränkung hinzu: „Wir geben diese Andeutung ohne Verpflichtung für die conservative Fraction.“

Aus dem Reichstage.

Der Charakter der gestrigen Reichstagsverhandlungen ist schon in den Telegrammen unserer heutigen Morgenausgabe gekennzeichnet worden. Die zur Beratung gelangten Gegenstände waren zwei Anträge des Abg. Richter, von denen der eine bezüglich der Aenderung der Militärgerichtsbarkeit, wonach die pensionierten Offiziere die Militärgerichtsbarkeit nicht mehr unterstehen sollen, in dritter Lesung ohne Debatte angenommen wurde, der andere bezüglich der Aenderung des Wahlgesetzes einer gründlichen Erörterung unterzogen wurde, mit deren Verlauf die Partei der Antragsteller um so zufriedener sein konnte, als die Cartellmehrheit des Reichstages, wenn sie auch den Antrag bekämpfte, dies doch nur aus äußerlichen, nicht aber aus grundsätzlichen Rücksichten zu thun vermochte.

Der Antrag Richter-Barth will bekanntlich behufs Sicherung der Geheimhaltung das in Belgien, England, Norwegen und mehreren anderen Staaten bestehende Verfahren einführen, wonach der Wähler, nachdem ihm von einem Beauftragten ein abgepfeilter Stimmzettel überreicht worden ist, in einem jeder Beobachtung unzugänglichen Raume diesen Stimmzettel in ein amtliches Couvert zu legen und mit demselben dem Wahlvorsteher zu übergeben hat. Die bisher beliebten Manipulationen von dünnem und dicken Papier bei Stimmzetteln behufs Erkennbarkeit derselben, das Herbeiführen der wählenden Arbeiter zur Wahlurne unter Aufsicht ihrer Vorgesetzten würden in Zukunft wegfallen. Die eingehende Begründung des Antrages durch Abg. Richter und die ausführliche Darlegung des Abg. Barth, daß dieser Wahlmodus schon in vielen Staaten mit bestem Erfolg seit Jahren eingeführt sei, vermochten allerdings nicht den Standpunkt der Cartellparteien zu erschüttern. Aber nur Kleinliche, rein formalistische Gesichtspunkte wurden seitens der Abgg. Strackmann, Müller-Marienwerder, v. Kardorff vorgebracht, welche die Einführung des neuen Wahlmodus nicht mit Beweisen zu unterstützen ließen. Hört man die Behauptungen der Cartellredner von ihrer Berechtigung das Wahlrecht zu sichern, und ihre Bedenken, für den freisinnigen Antrag zu stimmen, so wird man an das Wort erinnert: „Man spricht vergebens viel, um zu versagen, der andre (so. Wähler) hört von allem nur das Reine.“ Mit Recht beklagte Abg. Windthorst, daß er als Anhänger der öffentlichen Wahl sich in Berlin von der Nothwendigkeit eines geheimen Wahlverfahrens überzeugt habe. In seinem Schlusswort unterließ Abg. Richter nicht, darauf hinzuweisen, daß aus den Reden der Cartellredner deutlich hervorgeleuchte, daß ihnen das geheime Wahlrecht ein Dorn im Auge sei, den sie, wenn sie nur könnten, herausziehen möchten. Schließlich versprach er, daß der Antrag im nächsten Reichstage wiederkehren würde. Hoffentlich ist dieser Reichstag so zusammengesetzt, daß dann der Antrag eine Majorität findet.

Lauten Cärm erheben mehrere cartellparteiliche Blätter, darunter heute die „Conf. Corr.“, darüber, daß am Montag bei der Beratung der Commission für den freisinnigen Antrag bezüglich Herabsetzung der Kohlenpreise die beiden freisinnigen Vertreter, Richter und Schrader, gefehlt und dadurch die Verhandlung unmöglich gemacht hätten. „Beweist diese Thatsache“, fragt höhnisch die „Conf. Corr.“, nicht wiederum, daß das Einbringen dieses freisinnigen Initiativantrages, wie auch der übrigen, eine leere Komödie war, um auf die Wähler einzuwirken? Was ist nun wirklich die Thatsache? Von den Antragstellern ist der Abg. Richter garnicht Mitglied der Commission und der Abg. Schrader war unmittelbar vor dem Zutritt der Commission an der Influenza erkrankt. Und darum Räuber und Mörder?

Verleumdung zu rücksichtslos und verblüht bürgerlichem Gebahren verleiht, von Sylvain in ihrem besseren Selbst erkannt und geliebt, durch seine Liebe wieder mit der Menschheit und mit sich veröhnt, zur guten äußeren Sitte zurückkehrend, dann das opferfreudige Handeln beider sich kreuzend, Sylvain dabei am Hochzeitsstage vom Verdacht der Untreue und Schändlichkeit der Geliebten gelehrt, und nach tragischem Conflict Aufklärung des Mißverständnisses in verdoppelter Verehrung und Liebe — daneben ein leichtsinniges Paar, die Pächterin Georgette und der Dragoner-Unteroffizier Belamy, reibende Verwickelung der Rendezvous zwischen beiden Paaren und Verknüpfung derselben mit dem Aberglauben einerseits und dem Schicksal der Flüchtlinge andererseits, daneben der dumme Gatte des hübschen Welbes, Thibaut — schließlich Rettung der Lebenden: Stoff genug mit allen Bedingungen darin für das Entstehen eines schönen dramatischen Librettos. Das der Maillart'schen Operette ist aber gänzlich nach der Schablone gearbeitet, man bewundert, wie es möglich sein soll, daß eine Handlung durch nur eben ineinandergreifende Stillsände im ersten Akte vor sich gehe, und ihr seitens der Musik dieses Aktes, die mit ihrer rohen Instrumentation und Rhythmik an ganz andere Lokalitäten als das Theater und ganz andere als seine komische „Stoffe“ erinnert, zunächst künstlerisch abgefohen; im zweiten Akt ist man überrascht, daß derselbe Componist hier fein und durchweg interessant zu schreiben im Stande ist,

Finanz- und Strikeangelegenheiten in der Thronrede.

Soweit die Rede, mit der Minister v. Bötticher gestern den preussischen Landtag eröffnet hat, die Finanzlage und die mit dieser zusammenhängenden Fragen berührt, wird man gut thun, den authentischen Commentar, nämlich die Budgetrede des Finanzministers und die Staatsvorlage selbst abzuwarten. Immerhin ist es von Interesse auch für die übrigen deutschen Staaten, daß die Thronrede für die nächsten Jahre ein weiteres Steigen der Ausgaben des Reiches in Aussicht stellt, welche durch Erhöhung der Matricularbeiträge gedeckt werden sollen. Auf die Ausgaben, welche die für das nächste Jahr in Aussicht genommene Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung hervorrufen wird, kann sich diese Andeutung kaum beziehen, da diese Ausgaben bekanntlich nach den Vorausschlägen, welche bei der Beratung des Gesetzes gemacht worden sind, in dem ersten Jahre nur etwa 5—6 Millionen betragen und in den ersten 10 Jahren nur sehr mäßig zunehmen. Welche weiteren Ausgaben die Regierung im Sinne hat, kann man vorläufig nur errathen. Vielleicht wird dem neuen Reichstage darüber bereits Näheres mitgeteilt werden. Bezüglich der Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten wird das Reich jedenfalls dem Vorgange Preussens Folge leisten müssen. Daß Schatzsecretär v. Malhahn bei der Beratung des freisinnigen Antrages wegen Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten von in gleicher Linie sich bewegenden Absichten der Reichsregierung nichts hat verlauten lassen, hatte, wie es scheint, nur einen taktischen Zweck. Ob der Etat, wie berichtet wird, bereits die bezüglichen Vorschläge enthält, ist aus der Thronrede nicht zu ersehen. Die „Polit. Nachr.“, das Organ des Finanzministers, bemerkt zu dieser Frage:

Die Zahl der Unterbeamten allein übersteigt 80 000 und ihre Bezüge werden mit 100 Millionen Mark kaum überschätzt. Die in parlamentarischen Kreisen vielfach ausgesprochene Ansicht, daß die Regierung etwa 15 bis 20 Millionen Mark zur Durchführung werde bereitstellen müssen, entbehrt daher der Wahrscheinlichkeit nicht.

Neben den Mittheilungen über die Finanzlage nehmen vor allem die Ausführungen der Thronrede über den Bergarbeiterstreik das allgemeine Interesse in Anspruch. Wenn man sich der Vorgänge aus dem vorigen Frühjahr erinnert und namentlich des energischen Eintretens der Regierung für die Bergarbeiter, so läßt sich nicht verkennen, daß seitdem in der Auffassung dieser Dinge eine bedeutende Aenderung eingetreten ist. Ob die Ergebnisse der seitens der Regierung eingeleiteten Untersuchung über die Verhältnisse der Bergarbeiter diese Wendung herbeigeführt haben, wird sich erst entscheiden lassen, wenn dieselben, wie in Aussicht gestellt worden, zur Veröffentlichung gelangen. Die bezüglichen Sätze der Thronrede werden vielfach dahin gedeutet, daß den weiteren Forderungen der Arbeiter, namentlich auf Einführung der achtstündigen Schicht, vorgebeugt werden soll. Damit würde auch der fast wie eine Drohung klingende Passus im Einklang stehen, daß Vorsorge für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung getroffen sei. Angesichts der offenkundigen Bemühungen der Führer der Bergarbeiter, die Bewegung innerhalb des gesetzlichen Weges zu leiten, muß es zweifelhaft erscheinen, ob die Erklärungen der Thronrede einen beruhigenden Eindruck auf die Arbeiterbevölkerung machen werden. Die Thatsache, daß die Thronrede keinerlei Andeutungen über Maßregeln auf dem Gebiete der Bergwerksgesetzgebung enthält, wird vielfach so aufgefaßt, als ob die Regierung auf Grund der angestellten Untersuchung in dieser Richtung keinerlei Schritte zu thun beabsichtige. Es liegt aber die Annahme nahe, daß die commissarischen Beratungen über diesen Punkt zur Zeit noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Möglicherweise liegen die zunächst in Aussicht genommenen Schritte auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung, wie es denn ja zweifellos ist, daß die Einführung von Schiedsgerichten Gegenstand der Verhandlungen des Bundesraths ist. Vielleicht deutet darauf die Be-

merkung der Thronrede hin, daß die Regierung auch ferner nicht ablassen werde, weiter hervortretende Bedürfnisse sorgfältig zu beachten und deren Befriedigung anzustreben.

Schmälerung des Budgetrechtes des Reichstages.

Die Rechnungscassationscommission des Reichstages hat durch die Vorbehalte, welche der Reichstag in den Etats von 1881/2, 1883/4, 1885/6 in Nebereinstimmung mit der Oberrechnungskassationscommission der Gegenzeichnung der Justificirungsordres (nachträgliche Entziehung außerordentlicher Ausgaben) durch den Reichskanzler erhoben hatte, einen dicken Strich gemacht und die Gegenzeichnung des Arzlegministers, wenigstens des preussischen, für genügend erachtet und demzufolge die Ertheilung der Decharge beantragt. Der Abg. Brand (nat.-lib.) hat noch am 13. December v. J. im Reichstage versichert, die Commission werde dafür eintreten, daß die Befugnisse des Rechnungshofes nicht geschmälert werden, da er der Ansicht sei, daß der Rechnungshof gewissermaßen „die Hütern“ des Budgetrechtes des Reichstages ist. Thatsächlich hat die Commission den Rechnungshof, dessen Aufstellung die Reichstage seit 1882 gestiftet haben, in aller Form desavouirt und damit auch das Budgetrecht des Reichstages in Frage gestellt.

Stanley über Emin beim Rhedive.

Wie schon berichtet, ist Stanley in Kairo vom Rhedive mit der größten Herzlichkeit empfangen worden. Ueber die bei dieser Gelegenheit gegebenen Erklärungen wird der „Post. Ztg.“ aus London gemeldet:

In seiner Antwort auf die Erhebung des Rhedive über Emin Pascha wies Stanley in bereichernder Weise auf die bemerkenswerthen Eigenschaften sowie auf das Verwaltungstalent hin, welches Emin während seiner dreizehnjährigen Dienstzeit entfaltete. Er legte dabei den Nachdruck auf sein verhältnißliches Gemüth und das Vertrauen, welches er unter den Eingeborenen aller Klassen genossen. Sein einziger Fehler als Herrscher sei seine Abgeneigtheit, strenge Maßregeln zu genehmigen, selbst wenn sie notwendig und gerecht seien. Stanley fügte hinzu, daß Emin nur den einen Wunsch habe, sich der ägyptischen Regierung nützlich zu machen. Eine Hoffsch, daß er in dieser Weise beschäftigt werden könne, würde die beste Anekdote sein, um seine Stellung zu benehmen. Als der Rhedive seine vollkommenste Bereitwilligkeit ausdrückte, dies Verlangen einzuschlagen, betonte Stanley, daß in einer rein administrativen Eigenschaft in Suakin, Wadi Halfa, oder wo immer eine Verthigung mit eingeborenen Stämmen wünschenswerth sei, Emin, bei einer starken Vollzugswilligkeit in anderen Fällen, sich als unerschütterbar erweisen würde. Der Rhedive gab seine warme Zustimmung hierzu und versprach, an Emin in diesem Sinne zu telegraphiren. Stanley erhielt den Großcordon des Medjidieh-Ordens; seine Offiziere erhielten ebenfalls Auszeichnungen.

Vor kurzem erst veröffentlichte Prof. Schweinfurth ein Schreiben im „Deutsch. Wochenbl.“, worin er erklärte, es aus des Rhedive eigenem Munde zu wissen, daß Emin auf eine Anstellung im ägyptischen Staatsdienst nicht wieder zu rechnen habe. Herr Schweinfurth stellte seinerseits dem Heimgekehrten ein eigenes Zukunftsprogramm auf, nach welchem er die phantastische Rolle eines zweiten Gordon in Tabora zu Gunsten des deutschen Einflusses übernehmen sollte. Wie die vorstehende directe Mittheilung zeigt, hat Herr Schweinfurth sein Publikum ebenso mit der thatsächlichen Behauptung über die Willensmeinung des Rhedive bezüglich Emin's irre geführt. An der Wiederaufnahme Emin's in den ägyptischen Staatsdienst ist nach der Erklärung des Rhedive nicht zu zweifeln; die hochfliegenden Pläne einiger deutscher überreifer Colonialpolitiker, die an seine Person anknüpfen, werden sich bescheiden müssen. Des weiteren werden aber auch jene Gerüchte zur Ruhe verwiesen, die von einem feindlichen Gegensatz zwischen Stanley und Emin zu berichten wußten, nachdem jetzt festgestellt, daß gerade Stanley es gewesen, der den Lieblingswunsch Emin's durch die bereitete Schilderung seiner Vorzüge beim Herrscher Aegyptens zur Verwirklichung gebracht hat.

Der englisch-portugiesische Streifzug

dürfte noch zu Weiterungen Anlaß geben, und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß

etwas anderes noch wäre es gewesen, durch die Auffassung der Rolle zu interessieren, das psychologische Problem derselben zu lösen, welches nicht nur in der Darstellung jener seelischen Wandlung, sondern auch einer geistigen Ueberlegenheit besteht, welche im Stück die gesamte Umgebung der Rose zuleist so handeln macht, wie sie will; eine Feltung, die wir offen gesagt, von einer so jungen Künstlerin freilich nicht erwarteten. Andererseits darf unerwähnt bleiben, daß die Munterheit und Dröhligkeit des Spiels nebst Kostümwandel zur Lösung des Problems, zur Motivierung noch nicht hinreicht, durch welche das Niveau des Stückes doch gehoben würde. Was Frä. Schach als Sängerin leistete, war jedoch, wie gesagt, sehr schön und durchweg anziehend.

Herr Stilling sang und spielte den Dragoner Belamy mit aller Bravour und Lebenswürdigkeit, Fräulein Wiskiner gab mit Munterkeit und guter Charakteristik die Georgette; Herr Schach war, ohne daß wir diesen Abend auf Seiten früherer Leistungen loben wollten, ganz überraschend schön bei Stimme und gab die Rolle nach der lyrischen wie nach der tragischen Seite (er hat in der ganzen komischen Oper kein lustiges Wort zu singen) mit lebendiger, charakteristischer Auffassung und Schönheit. Herr Arleg gab den Thibaut mit großer Virtuosität, fast ein wenig zu herzlich, aber immer interessant. Die Scenerie und das Orchester, auch die Chöre hatten gleichmäßig verdientlich das Ihrige zu dem Gelingen der Vorstellung.

Dr. C. Fuchs.

wiederum ein Rückfall eintritt. Ein Telegramm des „Standard“ aus Lissabon berichtet: dort habe sich die Bevölkerung beruhigt; Senhor Bimentel, der mit der Bildung eines neuen Cabinets betraut wurde, habe ein Cabinet zu Stande gebracht. In den Provinzen aber herrsche die größte Aufregung; in Coimbra bemächtigte sich der Pöbel einer britischen Flagge und verbrannte dieselbe auf offener Straße; in Oporto wurden die Fenster des britischen Consuls eingeworfen. Weitere Ausschreitungen werden befürchtet, da die Portugiesen auch durch Schatzkisten französischer und anderer demokratischer Präorgane des Continents verblendet werden. Soeben geht die offizielle Nachricht ein, der Souverneur von Mosambique habe dem Lissaboner Befehl, aus den Nyassa- und Schirendistricten dem englischen Ultimatum gemäß alle portugiesischen Beamten und Expeditionen zurückzuziehen, den Gehorsam verweigert. Reuters Nachrichten bezüglich Portugals sind ganz unzuverlässig, in diesem Falle aber dürfte denselben doch ein wahrer Kern zu Grunde liegen.

Frankische Intrigen gegenüber der Antisklavereiconferenz.

Der Mitarbeiter der „Staaten-Corr.“ in Brüssel schreibt unter dem 13. Jan.: Im Hinblick auf die am 20. d. erfolgende Wiederaufnahme der Conferenzen erklären die belgischen maßgebenden Kreise, daß es vor allem auf die Ungenehmigkeit der französischen Regierung zurückzuführen sein werde, falls die Resultate der Conferenzen keine bemerkenswerten sein sollten. Das Verhalten der französischen Delegation hat in der That bei der belgischen Regierung und in der Congoverwaltung eine arge Mißstimmung hervorgerufen und man sieht dem Wiederbeginn der Arbeiten aus diesem Grunde nicht gerade mit Freuden entgegen. Nicht nur hat sich Frankreich dem droit de visite, dem Rechte der Durchsuchung verdächtiger Schiffe widersetzt, sondern sich nur unter solchen Bedingungen zur Anerkennung desselben einverstanden erklärt, die diese bei der Bekämpfung des Sklavenhandels so wichtige Maßregel gänzlich illusorisch machen, sondern die Frankosen intriguieren auch in England zu dem leicht erkennbaren Zweck, dortselbst Schwierigkeiten zu bereiten und den Fortschritt der Arbeiten des Congresses zu hemmen. Als bald nach Eröffnung der Tagung die belgischen Delegierten ihre Vorschläge bezüglich des Verbotes der Waffeneinfuhr in Innerafrika einreichten, beging der französische Gesandte Bourée die Indiscretion, diese Vorschläge französischen Blättern, zunächst dem „Journal des Débats“, mitzutheilen. Diese heute eingetragene Indiscretion des Gesandten der Republik fällt um so mehr ins Gewicht, als sich die Conferenstheilnehmer beim Eintritt in ihre Arbeit über ihr Verhalten der Presse gegenüber genau verständigt hatten, und kein anderer Delegirter diesem mot d'ordre untreu geworden, so sehr sich auch Vertreter der Presse bemüht haben, die Herren zu eingehenden Mittheilungen zu veranlassen. Bourée bezweckte mit seiner Bekanntgabe nichts anderes, als in der Waffensabrikstadt Birmingham, dem Wahlbezirk Chamberlains, Unzufriedenheit gegen die englische Regierung zu erzeugen. Dieser Zweck der Intrigue wurde vollkommen erreicht. Die Birminghamer Waffenhändler, welche einen Hauptzweig ihres Exports nach Innerafrika ausführen, haben in einer so wirksamen Form ihren Protest erhoben, daß derselbe seine Rückwirkung auf das englische Cabinet nicht verfehlt und die Aktionsfreiheit desselben auf der Brüsseler Conferenz theilweise lahmgelegt hat.

Reichstag.

48. Sitzung vom 15. Januar.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der von den Abgg. Barth und Richter eingebrachte und von der freisinnigen Partei unterstützte Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Wahlgesetzes. Danach soll das Wahlverfahren folgendermaßen gestaltet werden: Der Wähler nimmt beim Betreten des Wahllokals von dem Wahlvorsteher oder einem von demselben Beauftragten einen amtlich gestempelten Umschlag in Empfang und begiebt sich damit in einen der Beobachtung unzugänglichen, aber mit dem Wahllokal unmittelbar in Verbindung stehenden Raum, woselbst er seinen Stimmzettel in den Umschlag steckt und denselben verschließt. Dann überlegt er diesen Umschlag dem Wahlvorsteher, welcher denselben in die Wahlurne legt.

Abg. Richter: Wir haben, obwohl wir unter dem „Namen der Gerechtigkeit“ stehen, wie das sogenannte nationalliberale Weltblatt behauptet hat, keinen Anspruch genommen, diesen Antrag vor Sie zu bringen. Wir glauben, daß der Reichstag allen Grund hat, den Antrag als ernstgemeint aufzufassen. Auch das würde mich in meiner Annahme nicht hindern, daß der „Reichs- und Staatsanzeiger“ die Ausrufung der „Adm. Ztg.“ in seinen Spalten zum Abdruck gebracht hat. Dieses Blatt steht in Bezug auf seinen politischen Theil auf einem Niveau, das kaum von irgend einem Winkelblatt erreicht wird. (Unruhe rechts.) Wo sich irgend eine alberne Ausrufung in einem Cartellblatt findet, werden Sie das Vergnügen haben, sie demnach in den Spalten des „Reichs- und Staatsanzeigers“ abgedruckt zu sehen. Ich möchte den Vizepräsidenten des Staatsministeriums fragen, ob er nicht einen Einblick auf dieses Blatt hat. Wünschenswerth ist jedenfalls, daß eine Auswahl getroffen wird unter den zum Abdruck gebrachten Artikeln, und daß nicht gerade das abgedruckt wird, was auf der Höhe der Thorheit und Albernheit steht. (Oho! rechts.) Die Vorlesungen gegen diesen Antrag in einem Theil der Presse ist allerdings kaumenswerth. Man hat gesagt, als ob unser Vorschlag lächerlich und so unbedeutend wäre, daß es sich für ernste Männer nicht lohnte, ihre Meinung darüber zu äußern. Aber eigenenthümlicher Weise hat die „Adm. Ztg.“ wenige Tage nach ihrem Artikel gegen unseren Antrag in einem Briefe aus dem Auslande die Mittelung gebracht, daß in England im wesentlichen das bereits Gesagte ist, was wir in unsere Gesetzgebung einfügen wollen. In der ganzen Culturwelt nehmen gleichzeitig und vor uns diese Bestrebungen einen großen Raum ein. Der Gehalt des geheimen Wahlrechts besteht fast überall. In Amerika ist es fast mit denselben Worten eingeführt, wie wir es Ihnen vorschlagen, ebenso in Australien und in den englischen Colonien. Trotz alledem wird unser Vorschlag in einer geradezu unglaublichen Manier von der sogenannten patriotischen Presse behandelt. Wenn das allgemeine Wahlrecht zu einer Wahrheit in Deutschland werden soll, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Wähler mit der Abgabe des Stimmzettels nicht die Meinung der Herren Minister, der Landräthe, der Gendarmen und der Arbeitgeber, sondern ihre eigene Ueberzeugung hinhängen. Ein solcher Schutz ist um so mehr notwendig, als die Cartellmajorität ihre Thätigkeit damit begonnen hat, daß die vierjährige Legislaturperiode in eine fünfjährige geändert ist. Man wollte möglichst viel die Sinnfälligkeit der Wähler zu werden. Das geheime Wahlrecht ist von Gefahren bedroht. Wir müssen uns in jedem Augenblick darauf gefaßt machen, daß die eifrigen Gegner desselben, wenn sie die Mandate in die Hände bekommen haben, ihre Absichten durchzuführen. Ich erinnere daran, daß 1883 der Vizepräsident des preussischen Ministeriums,

Hr. v. Puttkamer, die geheime Wahl geradezu als eine Gefahr für das Vaterland und für die Krone bezeichnete. Das Geheimniß der Wahl führe in der letzten Consequenz zur politischen Heuchelei. Er gab damals im Namen der preussischen Regierung die Erklärung ab, daß man alles daran setzen müsse, um das geheime Wahlrecht in Deutschland abzuschießen. Auch von conservativer Seite wird die geheime Abstimmung in ihrer Consequenz als Negation jeder Autorität und als Negation der Krone angesehen. Wir dagegen sind der Meinung, daß die Abschaffung der geheimen Stimmabgabe geradezu die Zerstörung des allgemeinen direkten Wahlrechts wäre. Wir sind daher seit langen Jahren bemüht gewesen, das geheime Wahlrecht mit Garantien zu umgeben, damit alle Beeinträchtigungen, alle Schändlichkeiten der Beamten und Arbeitgeber unmöglich werden. Auch seitens der nationalliberalen Partei ist öfter der Versuch gemacht worden, die geheime Abstimmung mit einer Garantie zu umgeben. So beantragte 1869 der Abg. Gombart, unterstützt von Bennigsen, Couverts für die Stimmzettel einzuführen. Es wurde auch von nationalliberaler Seite angeregt, daß durch Gesetz größere Urwahlbezirke eingerichtet würden, weil die kleineren eine Gefahr für das geheime Wahlrecht wären. Ich verweise hierbei auf Württemberg, wo bis 1883 in dem Landtagswahlgesetz die Bestimmung existierte, daß jeder Wähler in eigener Person den Wahlzettel in ein gestampftes Couvert verschließen müsse. 1883 ist lediglich aus formalistischen Gründen diese Bestimmung abgeschafft worden, das hat dort aber die schwersten Uebelstände zur Folge gehabt — unter anderem, daß die Stimmzettel für den bestimmten Candidaten schon in der Druckerei mit einem Falt versehen wurden —, so daß 1889 die Kammer eine Resolution auf Wiedereinführung der alten Maßregel annahm. Allerdings helfen die Couverts allein nicht, es müssen Mittel geschaffen werden, dem Wähler Gelegenheit zu geben, ein paar Augenblicke allein und unbeachtet zu sein. Es giebt ein vollständiges System, die Wähler zu controliren, namentlich auf dem Lande, vermittelt der Quaktität des Papiers, der Größe der Stimmzettel oder durch die Gepflogenheit einzelner Wahlvorstände, bei gewissen Wählern in den Wahlzettel mit dem Daumen einen Kniff zu machen, um daran die Stimmabgabe zu erkennen. (Hört, hört! links.) Bei der letzten Wahl hat das Comité der Cartellparteien in Saarbrücken ein Circular an die Vertrauensmänner gerichtet, in welchem es heißt, daß die Stimmzettel bis zum Wahltag für jedermann unsichtbar bleiben müßten, damit Form und Papier unbekannt bleibt, und von keiner anderen Seite nachgesehen werden kann. (Hört, hört! links.) Das ist der ungenirte Ausdruck eines Terrorismus, einer unerhörten, unverantwortlichen Methode, die Wahlfreiheit zu vernichten und die Achtung des Volkes vor dem Gesetz zu vernichten. Wir wünschen, daß die Götter Plag greifen möge, alle Wahlzettel von derselben Form, demselben Papier, und möglichst in derselben Druckerei drucken zu lassen. Einzelne Wahlkreise sind erfreulicher Weise darin vorangegangen. Ich fordere alle Parteien auf, eine gemeinsame Kundgebung an die Wahlcomités in allen Wahlkreisen zu richten, daß die Wahlzettel sämtlich von dem gleichen Papier und in derselben Form gedruckt werden. (Zustimmung links und im Centrum.) Können wir das etwa nicht? Das würde den Wählern Vertrauen einflößen, weil wenigstens die führenden Elemente darin einig sind, das Wahlgeheimniß und die Wahlfreiheit zu wahren. Ich bin bereit, einen solchen Aufruf vorzulegen, und wenn Herr Windthorst und einige Herren vielleicht von rechts mir ihre Autorität geben wollen, würde das seine Wirkung nicht verfehlen. — In welcher Weise geht die Wähler controlirt werden können, bei ihrem Gang von dem Tisch, wo die Wahlzettel vertheilt werden, bis zum Wahllokal, hat die gestrige Verhandlung beleuchtet. Aehnliche traurige Vorgänge haben bei der Wahl des Abg. Gaarmann stattgefunden. Dort mußten die Arbeiter nach Commando mit dem Stimmzettel in der erhabenen Reihen an den Wahllokal marschiren. In Aachen sollen ähnliche Dinge vorgekommen sein. Die letzte Nachwahl in Pommern beweist gleichfalls, wie notwendig es ist, die geheime Wahl mit besten Garantien zu umgeben. Auch bei der Wahl des Abg. Falkenberg wurden Arbeiter in Reich und Glied in das Wahllokal geführt, nachdem ihnen die Stimmzettel für Falkenberg in die Hand gedrückt waren. Man wendet gegen unseren Vorschlag ein, es sei unausführbar und mache zu viel Kosten, wenn jeder Wähler eine kurze Zeit lang allein in einem Nebenraum sich aufhalten solle. Es handelt sich hier aber um die wichtigste Grundlage unseres konstitutionellen Lebens, ohne deren Wahrung unsere Verfassung nur ein Schein wäre. In jedem Wahllokal ließe sich ohne große Kosten ein einfacher Vorhang, eine sogenannte „Angstammer“ einrichten. (Heiterkeit.) So, es ist schon manches erst befristet und nachher doch ausgeführt worden. Es soll das Zeichen eines freien Mannes sein, wenn er den Muth hat, seine Stimme öffentlich abzugeben. Das ist geradezu ein Hohm, wenn man das einem Beamten sagt, der von seinen Vorgesetzten abhängig ist, der durch seine Abstimmung sich und seine Familie großer Gefahr aussetzt. Das allgemeine Stimmrecht ist nur dann eine Gefahr, wenn es nicht mehr frei ist, wenn es gebindert ist, zum Ausdruck zu kommen, denn dadurch wird Ertüchtung und Aufregung in weite Kreise getragen. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Reichstag alles daransetzen wird, das geheime Wahlrecht zu schützen. Er wird dann dazu beitragen, in allen Massen der Bevölkerung das Vertrauen zu befestigen, daß die bürgerlichen Parteien doch ein Herz haben, für die Freiheit des allgemeinen gleichen Wahlrechts einzutreten. (Lebhafter Beifall links.) Abg. Strackmann (nat.-lib.): Niemand im Hause wird den Muth haben, aus Grund eines gefälligen Wahlresultats hier zu sein; aller Muth wird es deshalb sein, daß das geheime Wahlrecht gewahrt bleibe. Mit der Behauptung eines Mißbrauchs bei der Wahl wird allerdings vielfach selbst Mißbrauch getrieben. (Sehr richtig! rechts.) Die weitaus größte Mehrzahl der Behauptungen über unzulässige Wahlbeeinflussungen in den Wahlprotesten hat bei ihrer Prüfung vor der Wahrheit nicht bestehen können. Das jetzige Wahlsystem sichert freilich nicht vollständig die Freiheit der Wahl; die einzelne Partei kann ein besonderes Papier nehmen, und dergleichen; und man wird erwägen müssen, ob diese Mängel nicht zu beseitigen sind. Dazu ist meine Partei gern bereit. Die Vorschläge zur Verbesserung des Systems müssen aber so sein, daß nicht dieselben Bedenken wie bisher entstehen, oder gar noch fährer hervortreten. Daß in Württemberg die Stimmzettel in Umschlägen abgegeben wurden, ist richtig. Aber man hat diese Art der Stimmabgabe 1882 abgeschafft, weil sie die Wahl erschwert und das Wahlgeheimniß nicht besser wahrt, als die Abgabe der Zettel. Die Maßregeln, welche Herr Richter vorschlägt, werden nur Anlaß zu allerhand neuen Wahlschandungen geben. Auf dem Lande wird es kaum möglich sein, ein besonderes Zimmer neben dem Wahllokal zu beschaffen, wo die Stimmzettel in den Umschlag gelegt werden. Das Hineinstecken des Wahlzettels in ein Couvert ist auch für manche Leute nicht eine so leichte Arbeit (Lachen links), z. B. für Arbeiterhände, die an größere Arbeit gewöhnt sind. Hier formalistisches System häuft Formen auf Formen. Sie quälen damit nur das Volk und die Wähler und erreichen schließlich nichts anderes als eine große Masse von Wahlschandungen. Wir sind aber bereit, mit Ihnen in Erwägungen einzutreten, ob das bisherige Wahlsystem an Mängeln leidet, und event. Vorschläge zu machen. Nur geht dieses hier im Plenum nicht an. Wollen Sie aber einen Antrag auf Commissionsberatung einbringen, so werden wir uns nicht widersetzen.

Abg. Barth (freis.): Die Bedenken des Abg. Strackmann sind grundlos. Eine ganze Reihe von Culturstaaten hat bereits gesetzlich eingeführt, was wir hier vorschlagen, zum Theil Länder, die in der Cultur sonst nicht höher stehen als wir, so die australischen Colonien. Dort bestehen die Vorschriften, denen man hier unüberwindliche Schwierigkeiten beimißt, seit mehr als dreißig Jahren und haben sich vollständig bewährt. Aber auch

in England besteht ein Gesetz seit 1872, das sich wesentlich mit unseren Forderungen deckt, ebenso in den meisten Staaten Nordamerikas. In Massachusetts ist im allgemeinen anerkannt, daß alle früher dort vorgekommenen Wahlbeeinflussungen nach Einführung der neuen Wahlvorschriften beseitigt sind. Auch in Connecticut ist man mit dem neuen System allgemein zufrieden. In Norwegen bestehen seit sechs Jahren ganz genau dieselben Vorschriften, die unser Antrag einführen will. Der Deutsche steht nicht so weit hinter den angeführten Nationen zurück, daß er diesen Bestimmungen nicht genügen könnte. Mit Ihrem principiellen Zugeständniß haben Sie anerkannt, daß ein Bedürfnis vorliegt, die Freiheit der Wahl zu sichern. Mit Ihren Einwendungen wollen Sie nur verhindern, daß Sie eine principielle Sicherung des geheimen Wahlrechts überhaupt nicht mollen. (Unruhe.) Formalitäten haben Sie mit Ihrem Invalabilitäts- und Altersversicherungs-Gesetz weit größer gemacht. Wollen Sie wirklich eintreten für unsere Forderungen, so thun Sie es hier im Plenum, nicht in der Commission. Jedenfalls wünschen wir von Ihnen eine deutliche Ausrufung noch vor den Wahlen: Mio Rhodus, mio salta! Einwendungen wie die, daß der deutsche Wähler nicht verstehen würde, den Zettel in ein Couvert zu stecken, müßten diesem einen kaum glaublichen Grad von Stupidität zu. Ein abgetrennter Raum neben dem eigentlichen Wahllokal findet sich auch in der kleinsten Dorfschenke. Schwierigkeiten können für den schätzenswerthen Fortgang der Wahl auch heute durch Störenfriede und Betrunkene hervorgerufen werden. Es ist ja vorgekommen, daß ein rentirender Wähler dem Wahlvorstand das Interschiff ins Gesicht warf. Im Staate New York ist übrigens vorgeschrieben, daß ein Wähler höchstens 5 Minuten in dem abgetrennten Räume bleiben darf. Sind Sie wirklich principiell geneigt, eine Sicherung des Wahlrechts vorzunehmen, so machen Sie principiell Vorschläge! Wir werden sie wohlwollender prüfen, als der Abg. Strackmann unseren Antrag geprüft hat.

Abg. Müller-Marienburg (Reichsp.): Es wird in Bezug auf den Schutz der Wahlfreiheit keine Partei einen Vorzug in Anspruch nehmen wollen. Was den Mißbrauch mit dem Wahlzettel angeht, so hat den Schanden fast immer die Partei gehabt, welche einen solchen Mißbrauch trieb. Der Antrag würde eine ganze Reihe von Personen des Wahlrechts berauben, nämlich alle die Greise, Krüppel, Blinden und Lahmen, welche trotz ihrer Gebrechlichkeit ihr Wahlrecht ausüben. Sie müßten auf dieses Recht verzichten, weil sie nicht allein den abgeschlossenen Raum durchwandern können. Die Herstellung eines abgeschlossenen Raumes auf dem Lande wird fast gänzlich unmöglich sein. In großen Districten des Ostens giebt es wenig Wahlbezirke, in welchen eine solche Einrichtung möglich wäre. Der Antrag würde dazu führen, die Wahlbezirke zu vergrößern, um in diesem größeren Bezirk ein passendes Lokal zu finden. Man soll nicht eine Einrichtung treffen, welche geeignet ist, Mißtrauen zu erregen, wo es nicht besteht. Unsere Dienstboten und Arbeiter richten sich bei uns nach der Empfehlung ihres Brodherrn, nicht aus Furcht vor Strafe, sondern weil sie ihn für den erfahrensten halten. Dieses Vertrauen untergraben Sie durch eine so künstliche Einrichtung, mit der Sie das souveräne Volk in die Angstammer sperren, um sein Wahlrecht auszuüben. Deshalb werden wir gegen den Antrag stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich begreife vollkommen, daß die dominirenden Parteien den jetzigen Zustand als genügend erachten. Meine Partei hat aber während der ganzen Zeit des Culturkampfes mit dem geheimen Wahlrecht so bittere Erfahrungen gemacht, daß wir jedes Mittel willkommen heißen müssen, was die geheime Abstimmung sichert. Ich bin, principiell und die Sache ideal aufgefakt, für die öffentliche Abstimmung. (Hört, hört! rechts.) Zu meinem Bedauern aber habe ich hier in Berlin erst gelernt, daß das absolut unausführbar ist. Ob die vorgeschlagenen Bestimmungen im einzelnen zutreffend sind, will ich in diesem Augenblicke nicht entscheiden. Ich weise nur darauf hin, daß ähnliche Bestimmungen in Belgien eingeführt sind und sich gut bewährt haben. Will der Vorredner behaupten, daß unsere Landsteuere im Osten weniger gebildet sind, als die Wähler in Belgien? Und ist es wirklich so ungeheuer conservativ, es bei dem Alten zu lassen? Es wird die Zeit nicht fern sein, wo Sie nach Garantien suchen werden für diejenigen, die anders abstimmen, als die Socialdemokraten es wollen. Um die freie Wahl vor dem Terrorismus der Parteien zu schützen, möchte ich Ihnen empfehlen, die hier gegebene Anregung nicht ohne Weiteres zurückzuweisen. Auch die jetzt bevorstehenden Wahlen werden davon einen Nutzen haben. Man wird sich daran erinnern, daß die Arbeiter auch Rechte, nicht nur Pflichten haben. Für heute begnügen wir uns mit der gegebenen Anregung. Der nächste Reichstag wird die Entscheidung bringen. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Segel (cons.): Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Freisinnigen wohl die Einführung der geheimen Wahl beantragt, aber die freisinnigen Vertretungen der Städte haben nie an eine solche Reform des Wahlrechts für die Stadtverordnetenwahlen gedacht. Da freuen sich die Herren ihres Befehles. Die vorgeschlagene Abhilfe der Mißbräuche ist unausführbar und auch überflüssig. Die speciellen Vorurtheile des Antrages werden so oft nicht beachtet werden, daß wir vor lauter Wahlprotesten keine Wahl mehr für gültig erklären könnten. Eine Commissionsberatung würde in dieser Session nicht mehr zum Ziele führen, wir lehnen deshalb den Antrag, dessen gute Meinung wir anerkennen, ab.

Abg. Münch (freis.): Den Erfolg hat der Antrag gehabt, daß das Princip desselben allgemein anerkannt ist. Alle Parteien wollen das Geheimniß der Wahl gewahrt wissen, und nur in den Mitteln dazu gehen sie auseinander. Wahlbeeinflussungen sind nur denkbar, wenn ihre Wirkung hinterher controlirt werden kann. Könnte das Geheimniß der Wahl wirklich absolut gewahrt werden, so würden die Wahlproteste nicht häufiger, sondern gerade geringer werden. Daß das jetzige System nicht ausreicht, darüber verliere ich weiter kein Wort. Durch unseren Vorschlag würde, so meint man, Mißtrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gesetzt, manches patriarchalische Verhältnis würde gestört, bei welchem der Arbeiter bei der Wahl gern der Autorität seines Brodherrn gefolgt ist. Die Freiheit, der Autorität zu folgen, bleibt auch bei unserem System bestehen, und der, welcher die Autorität übt, wird sich noch mehr darüber freuen, wenn der Arbeitnehmer ohne äußeren Zwang derselben folgt. Ausführbar ist der Antrag. Eine Commissionsberatung wird kein schädliches Material liefern, denn was wir von nationalliberalen und conservativen Seite gehört haben, deutet nicht auf fruchtbare Ideen hin. Einige technische Schwierigkeiten werden sich leicht beseitigen lassen. All die vorgekommenen Mißbräuche, wie der Unfug, die Leute mit hochgehobenen Stimmzetteln an die Urne treten zu lassen, sind ungebührliche Dinge. Seit gestern weiß man, daß ungebührliche Dinge erlaubt sein können. Wir wollen, daß sie unerlaubt sind und womöglich auch strafbar. Die wesentliche Verletzung des Wahlgeheimnisses sollte strafbar sein. Das Couvert ist nicht die Hauptsache, sondern der abgeschlossene Raum; in diesem wird das eigentliche Wahlgeheimniß vollzogen. Wenn wirklich auf allen Seiten des Hauses der gute Wille vorhanden ist, das Wahlgeheimniß zu schützen, dann könnten die Herren — wir sind auf unsere Reclamation des Gesetzes nicht stolz — ihre Amendements zur zweiten Lesung noch stellen. Wir könnten dann das Gesetz vielleicht noch zur nächsten Wahl fertig bekommen, und das wird doch für alle diejenigen, die wiederzukommen hoffen, gewiß von dem größten Werthe sein. (Beifall links.)

Abg. Singer (soc.): Die Bedenken gegen den Antrag haben nur den Zweck, das Gesetz hinauszuschieben. Die jetzige Majorität müßte ja mit sich selbst aufzuräumen wollen, wenn sie dem Vorschlag zustimme; denn sie ist nur dadurch zu Stande gekommen, daß man 1887 trotz der bestehenden geheimen Wahl in der denkbar stärksten Weise das geheime Wahlrecht verlegt

hat. (Oho! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir haben das ja erst geklärt bei der Wahl des Abg. Weßky und früher bei anderen Wahlprüfungen deutlich nachgewiesen bekommen. Dem Abg. Müller hätte bekannt sein können, daß bei der Wahl seines Fraktionsgenossen v. Stumm das Wahlgeheimniß nicht allseits gewahrt geblieben ist; auf dem Treppen zum Wahllokal und in diesem selbst haben die Beamten gekauften, die Arbeiter sind unter strengster Controlle an den Wahllokal geführt worden, und keiner von ihnen hätte es gewagt, einen anderen Stimmzettel als den, der ihm von seinen Vorgesetzten eingehändig war, abzugeben. Wenn nicht in den herrschenden Kreisen das Bewußtsein Eingang findet, daß sie kein Recht haben, aus ihrer wirtschaftlichen oder politischen Machtposition heraus auf die Wähler einzuwirken, werden auch die besten Gesetze eine Verletzung des Wahlgeheimnisses nicht verhindern. Ich weiß nicht, wie von dem Antrage das Entstehen eines Mißtrauens zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern zu befürchten ist. Die Arbeiter selbst in Ostpreußen beklagen den patriarchalischen Zustand als eine schwere Last. Alle Parteien haben das Bedürfnis gehabt, dem Lande auszusprechen, daß das Geheimniß der Wahl gewährleistet werden soll. Der Haupterfolg der Discussion liegt darin, daß, nachdem auch die Herren von der rechten Seite sich für die geheime Wahl ausgesprochen, die Bedenken gegen das geheime Wahlrecht anzuführen, befristet sein werden.

Abg. v. Rossetski erklärt sich namens der Polen mit dem Antrage einverstanden.

Die Discussion wird geschlossen. Im Schlußwort bemerkt

Abg. Richter: Wenn der Abg. Singer meint, daß mit der Verabreichung unseres Antrages hier die Hauptsache noch nicht gethan ist, so ist es doch ein erfreuliches Omen, daß während der ganzen heutigen Verhandlung der Hr. Vizepräsident des Staatsministeriums v. Bütticher anwesend gewesen ist, obgleich es sich nur um einen freisinnigen Initiativantrag handelt. Wenn der Reichstag erst einen Beschluß gefaßt hat, wird Hr. v. Bütticher auch gewiß seinen Einfluß für uns einsehen. Den Rednern von der rechten Seite, die uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir den Antrag erst heute zur Berathung bringen, sage ich, daß wir den Antrag bereits im Anfang der Session gestellt haben. (Zwischenruf des Abg. Geibel.) Herr Geibel meint . . .

Präsident v. Loeckow: Hr. Geibel hat gar nichts gemeint! (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Richter (fortfahrend): Wenn Hr. Segel uns auffordert, für Einführung der geheimen Wahl in den Städten zu sorgen, dann vergißt er, daß die freisinnige Partei das immer gewollt hat. Als Graf Eulenburg in der Städteordnung die geheime Abstimmung einführen wollte, haben wir ihn unterstützt, aber keinen Erfolg gehabt. Heute sind wieder in voller Klarheit die beiden Grundanschauungen hervorgetreten, welche liberal oder conservativ seit Decennien trennen, Freiheit der Wahlen auf der einen, Autorität auf der anderen Seite. Unser Antrag wird nicht verschwinden, wir oder unsere Nachfolger werden ihn wieder bringen. Auf Wiedersehen im nächsten Reichstage. (Beifall links.)

Da ein Antrag auf Commissionsberatung des Entwurfs nicht gestellt ist, wird die zweite Berathung im Plenum stattfinden.

Der von dem Abg. Richter eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Militärstrafgerichtsordnung, wird unter Annahme eines redactionellen Antrages des Abg. Alekm in dritter Lesung definitiv angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

Präsident v. Müller eröffnet die Sitzung mit einigen dem Gedächtniß der Kaiserin Augusta gewidmeten Worten und läßt sich vom Hause beauftragen, dem Kaiser die Theilnahme des Hauses zum Ausdruck zu bringen.

Im Bureau anwesend sind bisher 290 Mitglieder, das Haus ist also beschlußfähig.

Zu provisorischen Schriftführern ernannt das Präsidium die Abgg. Böhm, Invalde, Müthoff und Doppelius.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

* Berlin, 15. Januar. Wie man der „Germ.“ aus Rom mittheilt, hatte die Kaiserin Friedrich durch das Staatssecretariat um eine Audienz bei dem Papste nachgesucht, die ihr auch gleich bewilligt wurde. Da sie aber in Folge des Todes der Kaiserin Augusta schnell von Rom abreisen mußte, sandte sie noch an demselben Tage jemanden von ihrem Gefolge zum Staatssecretar, um die Audienz abzusagen.

* [Kaiserreise.] Nach einer Meldung aus Straßburg soll der Kaiser beabsichtigen, sich gegen Ende März d. J. nach dem Elsaß zu begeben, um dort in den verschiedenen Staatsforsten der Jagd auf Auerhähne obzuliegen.

* [Abg. Frhr. v. Franckenstein] (Centrum) ist seit gestern Abend von einem Influenza-Anfall beimgelacht worden und liegt im Hotel de Petersburg darnieder.

* [Stanley über Bafchiris Hinrichtung.] Einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ zufolge hat Stanley bei seiner Anwesenheit inairo Bafchiris Hinrichtung als unpolitisch bezeichnet; sie sei überflüssig worden und vorher nicht gehörig bekannt gemacht gewesen und habe darum wenig Wirkung geübt. Viele Araber glauben, Bafchiri sei noch am Leben.

* [Bejähmungen von Lehrern beim Militärdienst.] Die Zahl der Orie, an denen Bejähmungen und Mißhandlungen der zur sechs-wöchentlichen Uebung eingelegenen Lehrer vorgekommen sind, ist durch die vom Abg. Richter namhaft gemachten durchaus nicht erschöpft. Auch in Magdeburg sind, wie dem „B. Tagebl.“ von dort berichtet wird, solche Ausschreitungen vorgekommen, und gleichzeitig wird ähnliches aus Cottbus gemeldet. Besonders aufgefallen ist, daß Unteroffiziere nicht selten dann in solche Schimpereien verfielen, wenn der Premierlieutenant in der Nähe stand. Sie müssen also wohl geglaubt haben, damit das Richtige zu treffen. In Magdeburg hatte einer der Lehrer den Muth gehabt, sich über ungehörige Behandlung zu beschweren. Er hat aber am folgenden Tage derartig zu leiden gehabt, daß er es vorgezogen hat, seine Beschwerde zurückzuziehen. Der Lehrerverein in Magdeburg hat nun beschloffen, sich in dieser Angelegenheit mit einer Eingabe an das Generalcommando des 4. Armee-corps zu wenden. Er will dabei nicht etwa für die beleidigte Ehre der Einzelnen eintreten, sondern nur auf die große Schädigung des erheblichen Einflusses und der Autorität der Lehrer hinweisen, die besonders darin zu erblicken ist, daß eine größere Anzahl von Schulkindern, die in den übrigen Soldaten ihre eigenen Lehrer erkannten, diese Bejähmungen gehört haben. Wir werden später über den Bescheid des Generalcommandos berichten.

* [Wollank.] Der in dem Zahlmeisterprozeß verurtheilte Armeelieferant Wollank war, wie erinnerlich, nach Beendigung des Prozeßes auf Antrag seines Verteidigers aus freier Fuß gesetzt worden, während sein Mitangeklagter Kagemann in Haft gehalten wurde. Wie das

„Al Journ.“ erfährt, ist es den Nachforschungen der Behörden, welche jetzt die Verhütung der dem Wollank zueckenden Strafe fordern, bisher nicht gelungen, den Aufenthaltsort des Geflüchten zu ermitteln. Derselbe scheint sich demnach der Strafe durch Auswanderung entzogen zu haben.

* [Der Verband deutscher Müller], eine unserer ältesten über ganz Deutschland sich erstreckenden wirtschaftlichen Vereinigungen, wird in diesem Jahre die Fester seines fünfundsiebenzigjährigen Bestehens begehen.

* [Ueber die Zollpachtung in Deutsch-Ostafrika], über welche, wie gemeldet, zwischen dem Vertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, Consul Böhm, und dem Sultan von Zanzibar ein neues Abkommen getroffen ist, meldet man der „Post.“ aus London des näheren: Die jährliche Zahlung soll nach den Durchschnittseinnahmen der ersten drei Jahre festgestellt werden. Die eigentliche jährliche Summe wird indes nicht vor zwei Jahren festgestellt, so daß die Frage für diese Zeit noch offen bleibt. Der Sultan verpackte der deutschen Gesellschaft auch ein großes Gebäude, welches einen Teil des Zollamts von Zanzibar bildet, und bewilligte ihr größere Befugnisse betreffs ihrer Mitwirkung dort. Durch das neue Abkommen wird der Artikel IX. des bisherigen Gesellschaftsvertrages mit dem Sultan aufgehoben, laut welchem die Gesellschaft die Summe von 170 000 Rupien für die Zollpachtung von dem an den Sultan abzuführenden Betrage zurückbehalten durfte. Der Sultan hatte unter veränderten Umständen hiergegen Einspruch erhoben, da die Zollstationen der Gesellschaft an der Küste durch den Aufstand außer Betrieb gesetzt waren, die im Verträge vorgesehenen Kosten also nicht entfallen sein konnten. Es ist mit dem obigen Abkommen lediglich ein neuer Zwischenzustand geschaffen, innerhalb dessen man vermuthlich auf die Unterdrückung des Aufstandes rechnen kann.

* [Dombau-Projekt.] Die nach Maßgabe der Allerhöchsten Entscheidung erfolgte Umarbeitung des Dombau-Projektes liegt der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge nunmehr dem Kultusministerium vor und dürfte wohl in den nächsten Tagen dem Kaiser unterbreitet werden.

* In Afrika ist das Verbot von Wildenbruchs „Generalfeldoberst“ wieder zurückgenommen worden, als von Berlin aus amtlich darauf hingewiesen wurde, daß das Stück nur für die preussischen Hoftheater und Berliner Bühnen verboten sei, an allen anderen Theatern aber aufgeführt werden dürfe.

Karlsruhe, 15. Januar. In der heutigen Sitzung nahm der Präsident der ersten Kammer Gerger mitland der Kaiserin Augusta einen warm empfundenen Nachruf; das Haus beschloß im Anschluß daran die Abendung einer Beileidsadresse an den Großherzog und die Großherzogin.

Stuttgart, 15. Januar. Nach einer Mitteilung des „Staatsanzeiger für Württemberg“ hat der König, tief ergriffen von dem raschen Hingang des Prälaten Dr. v. Gerold, welchem er mit besonderer Werthschätzung und Anhänglichkeit zugehörig war, den Hinterbliebenen seine innigste Theilnahme aussprechen lassen.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet ferner die Enthebung des General-Majors Grafen Zepelin von seinem Posten als königlicher württembergischer Gesandter in Berlin, und zwar behufs Rücktritts in den aktiven Militärdienst.

München, 15. Januar. Die Abgeordneten-Kammer hat den liberalen Abgeordneten Hofrath Reumayer aus Kaiserslautern mit 123 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt.

München, 15. Jan. Der Prinzregent ernannte zum Nachfolger Böcklingers als insulierten Stiftspropstes an der Hofkirche zu St. Cajetan den Stiftsdecan Türk.

Das Befinden des Prof. Rugbaum hat sich verschlimmert. (M. I.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Jan. In der heutigen Sitzung der Ausgleichungskonferenz, welche 4 Stunden dauerte, wurde die Beratung der Justizangelegenheiten fortgesetzt. Die nächste Sitzung findet morgen um 2 Uhr statt. (M. I.)

Wien, 15. Januar. Die Beschwerde des (antifemlichen) Schulvereins für Deutsche wegen der gegen denselben verfügten Auflösung ist vom Reichsgerichte zurückgewiesen worden. (M. I.)

Serbien.

Belgrad, 15. Januar. Der König Alexander hat vom Zaren dessen Portrait erhalten, in Erwiderung eines gleichen Geschenkes, welches der König anlässlich seiner Salbung dem Zaren überreichte. (M. I.)

Griechenland.

Athen, 15. Januar. Mehrere Mitglieder der königlichen Familie sind an der Influenza leicht erkrankt. (M. I.)

Am 17. Januar: G.-A. 8.13, u. 4.4. **Danzig, 16. Jan.** M.-A. 4.2. M.-U. 1.4.

Wetterausichten für Freitag, 17. Januar: auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wollig, neblig, bedeckt; Niederschläge. Wärmer; lebhaft Wind.

Für Sonnabend, 18. Januar: Wollig mit Sonnenschein; neblig. Temperatur zunehmend milde. Lebhaft Wind; frischweisse Niederschläge.

Für Sonntag, 19. Januar: Unverändert, zum Theil aufklarend, dann wieder bewölkt und trübe mit Niederschlägen. Heftig Nebel; Temperatur wenig verändert; weiß schwacher Wind.

Für Montag, 20. Januar: Meist bedeckt und trübe mit Niederschlägen. Nebel oder Nebeldunst; kaum veränderte Temperatur. Schwacher bis mäßiger Wind, aufrischend in den Küstengebieten.

Für Dienstag, 21. Januar: Bewölkt und trübe mit Niederschlägen bei mäßiger Räte. Mäßige Winde; lebhaft in den Küstengebieten.

* [Wechselstempel.] In den 9 Monaten vom 1. April bis 31. März v. J. hat die Wechselstempelsteuer im Bezirk der Ober-Postdirection in Danzig 72 820 Mk. ergeben, d. i. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres weniger 2165 Mark. Der Bezirk Danzig ist diesmal der einzige im ganzen deutschen Reich, welcher für den gedachten Zeitraum eine Minder-Einnahme aufweist. Alle anderen Bezirke hatten größere oder geringe Mehr-Einnahmen, so Königsberg 6461, Gumbinnen 4478, Bromberg 2508, Cöslin 793, Berlin gar 6552 Mk., Hamburg 5848, Leipzig

37 562, Frankfurt a. M. 20 823, Stettin 3460, Düsseldorf über 25 000 Mk. u. f. w.

* [Provinzial-Commission.] Auf Grund des Beschlusses vom 13. Mai 1888 resp. der späteren Resolutionen vom 13. Mai 1888 resp. der späteren Resolutionen vom 13. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch das Hochwasser im Frühjahr und die Wolkensbrüche im Sommer 1888 herbeigeführten Verheerungen, hatte die aus dem Provinzialausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten v. Celpiger bestehende Provinzial-Commission in ihrer Sitzung am 7. Mai 1889 drei Vertrauensmänner mit Aufhebung der Schäden beauftragt. Unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten trat heute die Provinzial-Commission zu einer Sitzung zusammen, um auf Grund der eingegangenen Gutachten über die Vertheilung der Gelder Beschluß zu fassen. Es scheint sich hier um die endgültige Feststellung der Entschädigung zu handeln, die allerdings noch dem Minister zur Entscheidung vorgelegt werden muß. Abschlagszahlungen sind bekanntlich schon mehrfach gewährt worden.

* [Danziger Lehrer-Verein.] In der gestern im Kaiserhofe abgehaltenen Sitzung gedachte der Vorsitzende Hr. Roth vor Eintritt in die Tagesordnung der dahingehenden Kaiserin Augusta. Redner bezeichnete die Heimgegangene als ein Muster treuer Pflichterfüllung, unwandelter Standhaftigkeit und wahrer Nächstenliebe. Hierauf referirte Herr Adler-Neufahrwasser über den Zeitungsartikel „Die Volksschullehrer im Militärdienst“. Die Debatte über diesen Gegenstand, welcher augenblicklich das ganze Interesse sämtlicher Lehrer Deutschlands erweckt, war eine sehr lebhaft und ergab, daß auch in unserer Garnison die im vorigen Jahre zur Uebung eingesetzten Lehrer von einigen Vorgefetzten einer ähnlichen Behandlung, wie sie im qu. Artikel geschildert wird, ausgefetzt gewesen sind. Nachstehende Resolution wurde daher angenommen:

„Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß viele unserer Amtsgenossen während ihrer militärischen Ausbildung einer so unwürdigen Behandlung von Seiten einzelner Vorgesetzten ausgefetzt gewesen sind, wie es in der Reichstagsverhandlung am 13. d. Mts. zur Sprache gebracht worden ist, so müßte die Veranlassung dieses auf das tiefste beklagen. Der Lehrverein ist der festen Zuversicht, daß die angeblich so Mißhandelten trotzdem allüberall ihre Schuldigkeit thun werden, in der Schule die ihnen anvertraute Jugend zur Ehrfurcht und Treue gegen den obersten Kriegsherrn, den Kaiser und König und zur Liebe und Begeisterung für das Vaterland erziehen — als Soldaten ihre äußersten Kräfte anstrengen, um das nötige Maß militärischer Kenntnisse und Fertigkeiten sich anzueignen; — zugleich aber fordert der Verein von seinen Mitgliefern, daß sie jede Beleidigung ihrer Person sowohl als die des ganzen Standes auf dem gehörigen Wege verfolgen mögen.“

Die Versammlung einigte sich dahin, das Stiftungsfest in diesem Jahre nur unter Herren zu feiern.

* [Von der Weichsel.] Der heutige Wasserstand bei Warschau beträgt laut telegraphischer Nachricht 2.21 Meter (gegen 2.11 Meter gestern). Bei Thorn hat sich die Eisverbreitung an der dortigen Eisenbahnbrücke gelöst und es fand gestern leichter Eingang flakt.

Aus Bohnsack von gestern Abend wird uns geschrieben: Nachdem gestern Abend das Schlammeis von oberhalb gänzlich in See abgetrieben war, stellte sich wieder starkes Brecheisreiben ein, welches heute, wenn auch in geringerem Maße, noch fort dauert. Bei dem starken Westwinde hat sich eine große Menge Schlammeis und Brecheis bei Bohnsack und Neufahr wieder fest verschert und den Fährbetrieb wieder lüthig erschwert.

* [Neue Postanstalt.] Am 1. Februar tritt in Or. Pierzewo eine Postfiliale in Wirksamkeit, welche mit der Poststation in Schönberg (Westpr.) durch den Landbriefträger z. F. in Verbindung gesetzt wird.

* [Der Verein deutscher Stromschiffer] wird seine diesjährige Hauptversammlung Sonntag, den 19. d. M., in Thorn abhalten.

* [Das „große Loos.“] Der am gestrigen zweiten Ziehungstage der preuß. Lotterie herausgekommene Hauptgewinn von 600 000 Mk. ist angeblich in eine Breslauer Collecte gefallen.

* [Strafhammer.] Am 23. August v. J. wurde von der Polizei ein Plakat von den hiesigen Anschlagäulen entfernt, durch welches ein Komiker des Wilhelmtheaters zu seinem Benefiz in folgender scherzhafter Form einlud:

„Ich wird jeder Freund und Bekannte verfolgt, der nicht am Sonnabend, den 24. August 1889, zum Abschieds-Benefiz für den Universal-Humoristen im Wilhelmtheater erscheint.“

Batermörder, Frack und weiße Weste ist nicht nötig.

Todt- lachen wird sich jeder, der kommt.

500 Mark will ich garnicht einnehmen; aber eine große Freude würde es für mich sein, wenn sich alle Freunde und Bekannte daran beteiligten und sich schon vorher Billets kauften.

Um vielfaches Beileid bittet Mariot, Romiker.“

Der Pächter der Anschlagäulen, Herr Buchdruckereibesitzer A. W. Asemann, erklärte auf Befragen, daß er zwar von dem Plakate erst jetzt Kenntniz erhalte, daß er aber als Pächter der Säulen die Vertretung der Veröffentlichung desselben übernehme. Gegen Herrn Asemann wurde zunächst ein Strafmandat in Höhe von 3 Mark erlassen, wogegen derselbe gerichtliche Entscheidung beantragte. Demnach wurde auf Grund des § 360 Abs. 11 des Strafgesetzbuches wegen Verübung „groben Unfugs“ Anklage erhoben, von welcher Hr. A. jedoch durch das Schöffengericht freigesprochen wurde, da dasselbe in der Aushängung und in der Form des scherzhaften Plakates einen groben Unfug nicht erblicken konnte. Gegen die Freisprechung hatte die Anwaltschaft Berufung eingelegt, welche heute vor der Strafhammer verhandelt wurde. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht, indem er ausführte, daß Herr Asemann zwar nicht wissenschaftlich groben Unfug verübt habe, daß er sich aber durch die Unterlassung der Prüfung des betreffenden Plakates einer straffälligen Handlung schuldig gemacht habe. Das Plakat selbst sei offenbar geeignet gewesen, das Publikum aufzuregen, denn jeder, welcher nur die festgedruckten Worte gelesen habe, ohne von dem übrigen Inhalte Kenntniz zu nehmen, hätte annehmen müssen, daß es sich hier um einen von der Anklagebehörde zur Entscheidung eines schweren Verbrechens ausgefetzten Preis handle und hätte hierdurch zu der Ueberzeugung gelangen können, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet sei. Er beantragte schließlich eine Geldstrafe von 3 Mark. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Verwerfung der Berufung. Eine Handlung sei nur dann als grober Unfug zu bezeichnen, wenn durch dieselbe das Publikum gefährdet oder in ungebührlicher Weise belästigt werde. Dieses treffe jedoch hier nicht zu, denn jeder, der das Plakat genauer angesehen hätte, würde wahrnehmlich lachend weiter gegangen sein. Auch in dem Umstande, daß sich vielleicht zahlreiche Personen um die Säulen versammelt und die Passage gehemmt hätten, könne ein grober Unfug nicht gefunden werden, da sonst gegen jeden Kaufmann, dessen Schaufenster die Vorübergehenden zum Stehenbleiben veranlasse, dieselbe Anklage erhoben werden müßte.

[Feuer.] Heute Morgen kurz nach 7 Uhr war in der zweiten Etage des Hauses Holzhofstraße 3 eine über dem Sparherde befindliche Holzboche durch Rauch in Brand geraten. In halbhündiger Arbeit wurde von der sofort hinzugerufenen Feuerwehr der Brand unterdrückt.

[Polizeibericht vom 16. Jan.] Verhaftet: 1 Arbeiter, 1 Witwe, wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Sachbeschädigung, 10 Obdachlose, 2 Bettler, 4 Dirnen. — Geflohen: 1 silberne Cylinderruhr Nr. 287 462, 1 Nickel-Remontoiruhr. — Gefunden: 1 Ausklopper; abgehoben von der Polizei-Direction. — Verloren: 1 Trauring und 1 goldener Ring mit 3 blauen Steinen in Langsuh Nr. 1; abgegeben an die Polizei-Direction.

* Marienburg, 15. Januar. Nach der „Nag.-Ztg.“ ist aus Sprottau hier die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die dort stehende 1. Abtheilung des niederösterreichischen Feldartillerie-Regiments Nr. 5 (das bekanntlich zum neuen westpreussischen Armee-corps übertritt) vom 1. April ab Marienburg als Garnison erhalte. Nach der „Marienb. Ztg.“ ist an amtlicher Stelle darüber noch nichts bekannt. Definitive Garnison dieses Regiments soll übrigens Graubenz werden, sobald dort die nötigen Kasernenbauten hergerichtet sind. Bis dahin kommt eine Abtheilung nach Marienwerber, während man als Garnisonort der anderen Marienburg bezieht.

* Elbing, 15. Januar. Wie die „Allpr. Ztg.“ heute meldet, hat Herr v. Puttkamer-Plauth eine eventuelle Wiederwahl zum Reichstage im Wahlkreise Elbing-Marienburg abgelehnt. Es solle daher in einer konservativen Vertrauensmänner-Versammlung am 19. d. Mts. ein neuer Candidat aufgestellt werden. — Der Vorstand des hiesigen Vaterländischen Frauen-Vereins hat heute aus Anlaß des Ablebens der Kaiserin Augusta eine Beileidsadresse an den Kaiser gerichtet.

* Königsberg, 16. Jan. Die hiesige physikalisch-ökonomische Gesellschaft bezieht am 22. Februar durch eine Festigung, Beschäftigung des Provinzialmuseums und Festmahl ihr 100jähriges Bestehen.

A. Pillau, 15. Januar. Auf directe Nachfrage an kompetenter Stelle wurde uns heute der Bescheid, daß vorläufig der Eisbrecher „Königsberg“ noch keinen Verlaß, die Rinne nach Königsberg zu öffnen, unternehmen darf, weil die Fischer auf dem Haß ihre Gewerbe noch auf dem Eise ausüben und außerdem die Fahrten des Eisbrechers nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten begonnen werden können, nachdem die Fischer vorher zum Verlassen des Eises aufgefordert sind. Im Elbinger Haß ist das Eis bis zur Höhe von Str. Bruch auf ca. 1/4 Meile eisfrei. Heute wüthet hier schwerer Sturm. Auf dem sogenannten Herd hinter dem russ. Damm sind heute mehrere Eisberge zusammen geschoben. — Der hiesige Oberpost-Inspector Herr Meltenhain ist zum Stadtrath ernannt und dem Hafen-Bauinspector Hrn. Schierhorn hier selbst ist der rothe Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Vermischte Nachrichten.

London, 15. Januar. Die Todesfälle in vergangener Woche in Folge von Lungenerkrankungen beliefen sich auf 1070, d. i. 522 mehr als die durchschnittliche Ziffer. In Ebinburg, Glasgow und Dublin ist die Sterblichkeit ebenfalls bedeutend gestiegen. (M. I.)

London, 15. Jan. Die hiesige Polizei ist mit Nachforschungen in Bezug eines großen Diebstahls an fiktivenen Spross. privilegierten Obligationen und anderen Werthpapieren beschäftigt, welcher am 12. d. auf der Fahrt zwischen Paris und Condon stattgefunden hat. Die Obligationen bestehen in 5 Stücken zu 20 Pfund, 84 Stücken zu 100 Pfund und 25 Aktien der Nationalbank von Mexiko. Dieselben waren über Boulogne und Folkestone expedirt. (M. I.)

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Jan. (Privattelegramm.) Im Abgeordnetenhaus führte heute Minister v. Schol bei Vorlegung des Staatshaushalts aus: Der Ueberschuß des vergangenen Jahres werde 68, des laufenden wahrscheinlich 80 Millionen betragen, gleichwohl sei Vorsicht geboten, da die Mehreinnahmen nicht dauernd seien. Der vorgelegte Etat ergebe 32 Mill. Mehreüberschuß, von den Betriebsverwaltungen, wo von nur 4 Millionen zu Ausgabenerhöhungen beantragt werden. Die directen Steuern steigen erfreulich. Eine Hebung der Steuerkraft ergebe sich leider nur im Osten nicht, hier sei ein Rückgang vorhanden. — Ueber die Beamtenbefolgungen will die Regierung erst eine Verständigung mit dem Landtag erzielen, dann einen Nachtragsetat einbringen.

Börsen-Depechen der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Januar.

Or. v. 15. Gr. v. 15.

Deutscher, selbst	200.00	201.00	2. Orient-Anl.	70.80	71.30
April-Mai	200.00	201.00	1/2 russ. Anl.	94.20	94.30
Juni-Juli	200.25	201.25	Commodoren	60.60	60.50
Agos.	175.00	176.00	Franken	101.60	101.20
Sept.	173.20	174.50	Creb.-Actien	180.60	180.80
Octob.	173.20	174.50	Disc. Comm.	252.30	253.50
Nov.	173.20	174.50	Deutsche Ba.	180.80	180.20
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	176.25	176.75
Jan.	173.20	174.50	Deutsche Anl.	173.40	173.50
Febr.	173.20	174.50	Russ. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Febr.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
März	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
April	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Mai	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juni	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Juli	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Agos.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Sept.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Octob.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Nov.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Dec.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80
Jan.	173.20	174.50	Landw. Anl.	225.80	226.80

